

25/2. 1918

136

25

Der Magistrat gegen eine Aenderung des Kriegsernährungssystems.

Der Berliner Magistrat hat in der heutigen Sitzung gegen die im Hauptausschuß des Reichstages angekündigten Anträge zur Abänderung des Kriegsernährungssystems schwere Bedenken erhoben. Es wird als höchst gefährlich angesehen, das in vier Jahren mühsamster Kriegswirtschaft aufgebaute System noch jetzt in einer Weise zu erschüttern, welche die Rücksicht auf die Masse der städtischen Verbraucher völlig beiseite setzt. Wie sehr, zeigen besonders die Anträge zum Getreide. Daß wir der vorhandenen Brotgetreidevorräte bis zur letzten Tonne bedürfen, um das Volk auch nur notdürftig zu ernähren, beweisen, so schreibt uns der Magistrat, wahrlich die Vorgänge auch der neuesten Zeit zur Genüge. Auch in den Vorjahren hat sich gezeigt, daß der Bevölkerung das Mindestmaß an Broternährung nur dann gewährt werden kann, wenn die Gesamternte an Brotgetreide mit äußerster Anspannung erfaßt wird. Statt dessen soll dem Landwirt ein bedeutender Teil seiner Getreideernte grundsätzlich belassen und dadurch die Aufrechterhaltung auch nur der jetzigen Brotration unmöglich gemacht werden. Denn daß die bevorzugte Behandlung der „minderbemittelten Bevölkerung“, also beispielsweise in Groß-Berlin von mehr als 90 Prozent, sich weder durchführen läßt noch irgendwie nennenswerte Ersparnisse herbeiführen würde, sollte nachgerade Gegenstand allgemeiner Ueberzeugung sein.

Das neue System würde entgegen der jetzt leidlich hergestellten Gleichmäßigkeit der Brotverteilung zu einer Begünstigung der wenigen Elemente führen, denen es gelingt und die imstande sind, sich des freigelassenen, im Preise selbstverständlich außerordentlich gesteigerten Mehls oder Brotes zu versichern. Die Kontrollsysteme der Stadt würden einer solchen Erschütterung nicht gewachsen sein; schon das Nebeneinander inländischer und teurer ausländischer Ware hat früher in zahlreichen Fällen zu einer unerklärlichen Vermehrung der „ausländischen“ Ware geführt. Ähnliche Unmöglichkeiten sind enthalten in den Vorschlägen für Kartoffeln, Obst und Gemüse. Bei Milch und Butter ist es sehr bezeichnend, daß die den Produzenten zugebachte Preiserhöhung, die man sich, wie es scheint, überaus stark vorstellt, wiederum von den städtischen Kommunen bezahlt werden soll, damit sie dem Verbraucher nicht fühlbar wird. Alles in allem würden die Vorschläge zur Lahmlegung der kriegswirtschaftlichen Fürsorge für die städtischen Verbraucher führen.